

Rollstuhlfahrer: Wie der Staat Behinderte arm hält

Anmoderation

Anja Reschke:

Behinderte Menschen sollen selbstbestimmt leben können. Das propagieren Politiker seit Jahrzehnten. Dazu gehört auch, dass man sich seinen Lebensunterhalt selbst verdienen kann. Das ist für Menschen mit körperlicher Behinderung schon mal eine Herausforderung, gerade wenn sie auf Assistenz im Alltag angewiesen sind. Aber viele haben es trotzdem geschafft, einen guten Job mit guter Bezahlung zu bekommen. Für den Staat ist das toll, denn dann spart er Kosten bei den Sozialleistungen und nimmt sogar noch Steuern ein. Für die Behinderten selbst aber, macht es eigentlich wenig Sinn. Denn der Staat, der sie doch teilhaben lassen will, nimmt ihnen den Großteil ihres Verdienstes wieder weg. Tamara Anthony:

Nancy Poser hat im Job viel erreicht. Sie ist Richterin - am Amtsgericht in Trier. Eine Überfliegerin, nennen sie viele. Jura-Prädikatsexamen, 1,0 im Abitur. Für jeden anderen gute Voraussetzungen, um nie mehr im Leben Geldsorgen zu haben. Bei Nancy Poser ist das anders. Denn die Richterin hat Muskelschwäche. Rund um die Uhr muss ihr ein Assistent helfen, bei jeder Bewegung, die ihre eigenen Muskeln nicht schaffen. Ohne eigenes Einkommen würde der Staat die Assistenz bezahlen. So muss sie die Assistenz mitfinanzieren. Behalten darf sie nur etwa so viel wie ein Sozialhilfeempfänger.

O-Ton

Nancy Poser, Richterin:

„Mein Lebensziel ist es nicht, reich zu werden, um Gottes willen, das muss ich nicht! Aber allein diese Limitierung. Dass man weiß, man wird es auch nie dürfen. Es wird einem ja von vornherein untersagt, dass man sich jemals durch egal wie hart man arbeitet etwas aufbauen kann. Alleine diese Limitierung von vornherein ist natürlich frustrierend.“

Die Logik des Staates: die Assistenz soll möglichst von den Betroffenen selbst gezahlt werden. Erst wenn diese quasi am Existenzminimum stehen, hilft das Amt. Auch Vermögen - beispielsweise geerbtes - muss aufgebraucht werden. Auf dem Sparkonto darf Nancy Poser nur 2600 Euro haben. Jeder weitere Cent wird abgezogen.

O-Ton

Nancy Poser:

„Dass, was ich an dieser Regelung am beeinträchtigtsten und diskriminierendsten finde, ist einfach, dass, egal was ich im Leben mache und egal wie sehr ich mich anstrenge, ich nicht die Chancen haben werde, die ein anderer Mensch hat.“

Dabei sollte ihr genau das ermöglicht werden - zumindest wenn man den Reden von Politikern glaubt:

O-Töne

Angela Merkel:

„Nirgendwo sollen Menschen mit Behinderung diskriminiert und sozial ausgegrenzt werden.

Im Zentrum geht es um Inklusion. Um die Teilhabe der Menschen mit Behinderung.

Um umfassende Teilhabe in allen Bereichen des Lebens.

Damit Behinderte in unserer Gesellschaft ihren Platz haben.“

O-Ton

Prof. Franz Josef Düwell

Richter a.D. Bundesarbeitsgericht:

„Der Staat hat sich verpflichtet, Menschen mit Behinderung tatsächlich gleichzustellen.

Und hier ist natürlich ein Defizit. Wenn Menschen, die arbeiten können, einen Großteil ihrer Arbeitsvergütung für ihre Pflege investieren müssen, dann ist hier etwas schiefgelaufen.“

Es passt so gar nicht zum oft verkündeten Ziel der „Inklusion“ – also Menschen mit Behinderung ein gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen. Denn diejenigen, die es beruflich weit bringen, werden wieder ausgebremst.

O-Ton

Nancy Poser, Richterin:

„Es ist ja immer die Argumentation: das kostet ja auch alles. Es ist immer der Kostenfaktor. Das würde aber genauso viel kosten, wenn ich mich auf die Terrasse in die Sonne setzen würde und nichts für die Gesellschaft leisten würde, dann würde ich noch Unterhaltsleistungen vom Staat bekommen, Wohngeld, etc. Ich würde keine Steuern bezahlen, keine Sozialabgaben zahlen, gar nichts – und die Kosten wären dieselben.“

O-Ton

Prof. Düwell,

Richter a.D. Bundesarbeitsgericht:

„Menschen mit Behinderung, insbesondere wenn sie angewiesen sind auf Assistenzleistungen, müssen ermutigt werden zu arbeiten. Sie dürfen nicht entmutigt werden, indem der wesentliche Teil der Vergütung ihnen wieder genommen wird für die Finanzierung der Assistenzleistung.“

Auch Constantin Grosch braucht einen Assistenten, der ihm die Arbeit der eigenen Hände ersetzt. Auch er hat Muskelschwäche. Constantin studiert Jura – doch oft fragt er sich: wofür eigentlich?

O-Ton

Constantin Grosch, Student:

„Als Student hat man ja normalerweise einen Traum, man will Karriere machen oder so. Genau dieser Traum wird einem eigentlich genommen, es wird einem gesagt, du kannst zwar gerne die Leistung erbringen, aber Sinn macht es nicht für dich.“

Seine Behinderung kann er nicht bekämpfen, aber die zusätzlichen Hürden, die ihm vom Staat in den Weg gestellt werden. Denn in Deutschland sieht das Sozialgesetz auch vor, dass Lebenspartner für die Finanzierung der Assistenz herangezogen werden.

O-Ton

Constantin Grosch, Student:

„Es ist ja meist eh schon schwierig genug für einen Menschen mit Behinderung vielleicht einen Partner zu finden, aber wenn man dann außerdem noch sagt: dein ganzes Geld und Vermögen, was du bisher aufgebaut hast, kommt auch noch weg.“

Immer wieder haben Politiker versprochen, das Gesetz zu ändern. Die CDU plante schon 1973 die Ungerechtigkeit zu beseitigen, die Assistenz „unabhängig von Einkommens- und Vermögensverhältnissen“ zu gewähren. Nochmals machte sie einen Gesetzesantrag 2001. Doch jeweils in der Regierungsverantwortung angekommen, änderte sie dann doch nichts. Auf Anfrage von Panorama weicht das Bundessozialministerium heute aus. Es werde zwar ein neues Gesetz geben, ob sich für die Betroffenen an der Finanzierung etwas ändert, beantwortet das Ministerium aber nicht:

„Ich bitte um Verständnis, dass Details einer künftigen Regelung heute noch nicht absehbar sind.“

Constantin Grosch hatte im Vorfeld der Koalitionsbildung Unterschriften gesammelt. Er wollte erreichen, dass im Koalitionsvertrag festgeschrieben wird, die Finanzierung der Assistenz zu ändern. In einem Vorentwurf stand es noch. In der letzten Fassung nicht mehr.

O-Ton

Constantin Grosch, Student:

„Ich fühle mich manchmal wie so ein Taucher, der ein Gewicht an sich hat, das ist die Behinderung, die mich eh schon ein bisschen nach unten zieht und gegen die man ankämpft, wenn man eigentlich nach oben will. Und dann kommt der Staat und hängt nochmal ein zweites Gewicht dran und sagt: so, selbst wenn du dagegen ankämpfst und es irgendwie an die Oberfläche schaffst, da gehörst du nicht hin, jetzt ziehen wir dich nochmal wieder nach unten, da wo du eigentlich hingehörst.“

Autorin: Tamara Anthony

Kamera: Torsten Lapp

Schnitt: Sarah Steffen